Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss foresty journal =

Journal forestier suisse

Herausgeber: Schweizerischer Forstverein

Band: 51 (1900)

Heft: 11

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bei der Alphütte im Kalcherli erwartete die Exkursionsteilnehmer wieder eine Erfrischung, worauf sich ein Teil der nahe gelegenen Bergsbahnstation zuwendete, während die Übrigen durch die Waldungen "Obstossen" dem Thale zu marschierten, wobei gelungene Bilder lochweiser Blänterung die Gegner der Kahlschlagwirtschaft erfreuten.

Zur Nachexkursion fand sich am Mittwoch Worgen noch eine stattliche Anzahl Teilnehmer ein. Ein eleganter Sommerwagen der Engelbergerbahn führte uns unter den Klängen der auch diesmal nicht sehlenden Stansermusik hinein nach dem unvergleichlichen Engelberg. Wenn hier auch das Forstliche gegenüber den Naturschönheiten der Gegend etwas in den Hintergrund trat, so hat doch keiner der Teilnehmer diesen höchst lohnenden Abstecher bereut und fand damit die ebenso lehrreiche als genußreiche diesjährige Forstversammlung einen sehr gelungenen Abschluß.

K. F. - R. R.



Mitteilungen.

Forstpolizeiliche Gesetzebung im Ranton Bern.

(Korresp.) Den 9. September hielt Herr Oberförster Zürcher in Sumiswald vor der versammelten gemeinnützigen Berggesellschaft Wäckerschwend in Riedtwil einen mit großem Beisall aufgenommenen Vortrag über die forstpolizeiliche Gesetzgebung betr. den Privatwald im Kanton Bern.

Herr Zürcher leitete seinen Vortrag ein mit dem Hinweise auf den Wirrwarr, welcher bezüglich der forstpolizeilichen Gesetzgebung zur Zeit im Kanton Vern besteht.

Die zum Teil noch geltende Gesetzgebung über diesen Gegenstand datiert noch aus dem 18. Jahrhundert und hat zur Grundlage die Forstwohnung von 1786. Seit dieser Forstordnung seien im Kanton Bern unter Hrn. Forstdirektor Regierungsrat Weber von der Walachern zwei sorstpolizeiliche Gesetz zu stande gekommen, insbesondere das Gesetz über die bleibenden Waldausreutungen vom 1. Dezember 1860. Man frägt sich heute, weshalb Herr Regierungsrat Weber, dem der bernische Große Rat, die damalige gesetzgebende Behörde, bereitwilligst Heeressolge leistete, nicht ein durchgreisendes, die gesamte staatliche Forstpolizei umssassendes Gesetz schus in Sachen der Gesetzgebung, die für den alten und den neuen Kantonsteil gesondert und ganz verschieden war, gescheitert sei; an der Schwierizkeit, ein beiden sich anpassendes Forstgesetz zu schaffen. Abgesehen

von dem Ausreutungsverbot war der Privatwald im Jura keinerlei forstspolizeilichen Beschränkungen unterworsen. Herr Regierungsrat Weber mußte erkennen, daß eine Lösung dieser Schwierigkeit nur von einem eidsgenössischen Gesetze zu erwarten sei, und von ihm sei die erste Anregung zu einem schweizerischen Forstpolizeigesetz ausgegangen.

Durch die Bundesverfassung von 1874 erhielt der Bund die gesetgebende Gewalt betreffend die Forstpolizei im Hochgebirge und erschien in Ausführung dessen das Bundesgesetz betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge vom 24. März 1876, welches Gesetz, nach Abänderung des Art. 24 der Bundesverfassung am 11. Juli 1897 und Einführung der forstlichen Oberaufsicht des Bundes über die gesamte Schweiz, auf die ganze Schweiz ausgedehnt wurde gemäß Bundesbeschluß vom 15. April 1898. Die Grundsätze dieses Gesetzes machen zur Stunde Regel bezüglich der Forstpolizei in der Schweiz, also auch im Kanton Bern. Da jedoch in den Schlußbestimmungen dieses Gesetzes bis zu dessen voller Durchführung in den Kantonen dem Bundesrate die Fürsvege für Erhaltung und Pflege der unter eidgenössischer Aufsicht stehenden Waldungen übertragen ist und während dieser Zwischenzeit die kantonalen Gesetzesbestimmungen über Abholzungen vorbehalten werden und da der Erlaß eines neuen forstpolizeilichen Bundesgesetzes verschoben worden ist, so hat durch Beschluß vom 29. Juli 1898 der Bundesrat in denjenigen Kantonen und Kantonsteilen, welche bisher der eidgenössischen Oberaufsicht nicht unterstellt waren, jeglichen Kahlschlag in Privatwaldungen und jede Abholzung in solchen zum Verkaufe ohne vorher erhaltene Bewilligung seitens der zuständigen kantonalen Behörde verboten, welches Verbot der bernische Regierungsrat durch eine Verordnung vom 17. August 1898 für den Kanton Bern in Vollzug gesetzt hat. Durch einen Entscheid der Polizeikammer des bernischen Obergerichts wurde jedoch dieser Verordnung die verbindliche Gesetzestraft abgesprochen. Folge hat der Regierungsrat des Kantons Bern beim Großen Kate den Erlaß eines Dekretes beantragt, das unter dem eidgenössischen Gesetze für die Zwischenzeit bis zum Zustandekommen eines neuen Bundesgesetzes Geltung haben soll. Den bezüglichen, dem Großen Rate bereits vorgelegten Dekretsentwurf durchging nun der Redner, soweit er den Privatwald be= trifft. Herr Zürcher vertrat die Auffassung, daß für das rechts der Emme gelegene Gebiet des Kantons die im Jahre 1878 gezogene Schutwald= zone mit geringen Berichtigungen beizubehalten und nicht weiter auszudehnen sei. Bezüglich des privaten Nichtschutzwaldes befürwortete er die vollständige Freigebung und Anheimstellung der Benutung desselben an den Besitzer mit der einzigen Verpflichtung desselben zur Wiederaufforstung der abgeholzten Flächen.

Die Versammlung pflichtete dem Redner in dieser Auffassung bei und ein Vorschlag, bei den Behörden zu beantragen, in das Dekret den

Grundsatz einzurücken, auch der Privatwald sei vom Besitzer regelmäßig zu bewirtschaften, fand keine Unterstützung.

In der Diskussion kam noch zu Tage, daß die von Herrn Professor Landolt sel. befürwortete gemeinschaftliche Bewirtschaftung des Privatswaldes, wo diese versucht worden, nur das Ergebnis hatte, daß ein gesmeinsamer Bannwart angestellt und gemeinsam Waldwege angelegt wurden; daß Herr Nationalrat Rudolf Brunner sel. von Bern der Ansicht war, der Privatwald sei aufzugeben. Ferner wurde bezüglich der sogenannten "Waldschlächter" bemerkt, daß dieselben ihren eigenen Privatwaldbesitz, wenn sie mit solchem seßhaft sind, in der sorgsamsten Weise bewirtschaften und im eigenen Wald sede Waldschlächterei vermeiden. Hinsichtlich der großen Zerstückelung des bernischen Privatwaldes wurde hervorgehoben, daß dadurch die Waldschlächterei auf kleine Waldslächen eingeschränkt werde.



Das Waldreglement einer aarganischen Ortsbürgers gemeinde vor dem schweiz. Bundesgericht.

(Schluß.)

Der Große Kat machte diese Ansicht zu der seinigen und faßte sols gende Schlußnahme: "Der Große Kat, in Erwägung, daß der Reg.» Kat des Kantons Aargau mit seinem Beschlusse vom 25. Februar 1898 anläßlich der Genehmigung des Waldreglementes der Ortsbürgergemeinde Zurzach innerhalb seiner versassungsmäßigen und gesetlichen Kompetenz gehandelt und dabei weder Versassung noch Geset verlet hat, beschließt die Beschwerde der Ortsbürgergemeinde Zurzach wird abgewiesen."

Nun gelangte die Beschwerde an das schweiz. Bundesgericht, dasselbe weist sie ebenfalls ab und zwar wesentlich mit folgenden Motiven:

Wenn man die erste Aenderung, welche der Regierungsrat an dem Waldreglement der Rekurrentin vorgenommen hat, die Herabsehung der Holzgabe für die ledigen Bürger, die keine eigene Haushaltung führen, auf die Hälfte, für sich allein ins Auge faßt, so dürste es schwer fallen, die legale Grundlage zu sinden, von der aus die Aenderung vom Reg.-Rate hätte anbesohlen werden können. Die Berufung auf § 31 des Forstgesesses reicht nicht aus, und was den übrigen Inhalt des Forstgesehes anbetrisst, so wird vom Reg.-Rat selbst nicht behauptet, daß der fragliche Genehmigungsvorbehalt durch denselben gesordert oder gerechtsertigt werde; insbesondere ist nicht geltend gemacht und nicht ersichtlich, daß die Aenderung vom forstwirtschaftlichen Standpunkte aus geboten erscheine, wie denn auch nirgends davon die Rede ist, daß es mit dem

Wirtschaftsplane nicht vereinbar wäre, wenn, wie früher, auch in Zukunft fämtlichen ledigen Bürgern die ganze Holzgabe zugewiesen würde. Sache stellt sich jedoch anders dar, wenn man die vom Reg.=Rat gefor= derte Neuerung im Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen des Reglements betrachtet und wenn man berücksichtigt, daß durch die Reduktion der Holzgabe für die ledigen Bürger, soweit sie nicht eigenen Haus= halt führen, eine Gleichstellung derselben mit den ledigen Bürgerinnen So angesehen liegt in der Neuerung nicht nur eine billige bewirkt wird. Berücksichtigung eines bisher ungleich behandelten Teils der Nutungs= berechtigten — wie der Regierungsrat sich ausspricht — sondern auch eine durch die Verhältnisse durchaus begründete Anwendung des staats= rechtlichen Grundsates der Gleichheit vor dem Gesetze. Dieser verlangt, daß die Bürger, wenn die wesentlichen thatsächlichen Verumständungen gleich sind, auch rechtlich gleich behandelt werden und daß nicht in will= kürlicher Weise einzelne Versonen oder Versonenklassen vor andern bevorzugt werden. Und nun ist doch im Wesentlichen mit Bezug auf den Bürgernuten die Stellung der ledigen Frauen keine andere, als die der ledigen Männer ohne eigenen Haushalt. Die Grundlage der Berechtigung bildet die Zugehörigkeit zu der Korporation, in welcher Richtung ein Unterschied zwischen Bürger und Bürgerinnen nicht besteht. Was aber das Maß der Nutung betrifft, so kann das verschiedene Geschlecht eine ungleiche Behandlung kaum rechtfertigen, sondern bloß die verschiedene Lebens= und Erwerbsstellung, daß nun aber in dieser Beziehung gegen= wärtig ledige Frauen anders dastünden, als ledige Männer, kann jedenfalls allgemein nicht behauptet werden und speciell im Kanton Aargau existiert der beanstandete Verteilungsmodus in keiner Gemeinde des Kantons mehr, was beweist, daß derselbe dort nicht nur dem Billigkeits= gefühl, sondern auch dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht entspricht. Einem verfassungsrechtlichen Prinzip Nachachtung zu verschaffen, ist aber der Reg.=Rat, auch gegenüber der Autonomie der Gemeinden ebenso be= fugt, wie er darüber zu wachen hat, daß dieselben bei der Verwaltung ihrer Angelegenheiten den staatlichen Gesetzen nachleben.

Bezüglich des zweiten Punktes sagt das bundesgerichtliche Urteil: Mit der Reduktion des Holzablösungsgeldes bezweckt die Rekurrentin, einen Teil der Holzmacherkosten, die bisher von den einzelnen Bezugs= berechtigten erlegt worden waren, auf die allgemeine Waldkasse überzu= wälzen. Dies bedeutet natürlich für die einzelnen Bürger eine Vermehrung des ihnen persönlich zukommenden Nutzens, und es ist bloß eine Umschreibung, wenn die Rekurrentin sagt, es handle sich lediglich darum, daß die Ge= meinde eine Auslage selber tragen wolle, die sie sich früher von den Einzelnen habe ersehen lassen. Nach § 5 des Gesehes über die Verwendung der Gemeindegüter und den Bezug der Gemeindeskeuern ist nun eine solche Vermehrung nur zulässig, wenn dadurch weder die gute Verwaltung

und Erhaltung des Gutes und die Befriedigung der Gemeindebedürfnisse, noch die Steuerverhältnisse der Gemeinde beeinträchtigt werden. Vorliegend stütt sich der Regierungsrat einzig auf die letzte dieser Voraussetzungen, indem er ausführt: "Nach § 6 des erwähnten Gesetzes seien die Ueberschüsse der Erträgnisse des Ortsbürgergutes der Einwohnergemeinde zur Deckung ihrer Bedürfnisse zu überlassen; die künftige Inanspruchnahme der ortsbürgerlichen Waldkasse für die bisher von den einzelnen Bezugsseberechtigten bestrittenen Holzablösungsgebühren sei nun gleichbedeutend mit einer Schmälerung der bisherigen Zuschüsse an die Einwohnergemeinde, was zur Folge hätte, daß die Steuerverhältnisse der letztern in uns günstigem Sinne beeinflußt würden."

Diese Schlußfolgerung ift an sich unansechtbar und auch die Annahme der Refurrentin, daß unter der Gemeinde, deren Steuerverhältnisse nicht zu Gunsten des einzelnen Nutungsberechtigten sollen beeinträchtigt werden dürsen, die Ortsbürgergemeinde zu verstehen ist, ist unhaltbar. Auch der aarg. Große Rat hat sich in dieser Frage ohne Widerspruch dem Regierungsrat angeschlossen und da seine Auslegung des Gesetzes weder gegen den Wortlaut noch gegen Sinn und Geist des Gesetzes
und der Versassung verstößt, so ist dieselbe als Ausdruck des Willens der
obersten zur Entscheidung solcher Fragen berusenen kantonalen Behörde
auch vom Bundesgericht anzunehmen. Dennach war der Regierungsrat
gestützt auf § 5 des Gesetzes vom 30. November 1846 besugt, der von
der Ortsbürgergemeinde vorgenommenen Reduktion des Holzablösungsgeldes seine Genehmigung nicht zu erteilen, bezw. die Reduktion die er
sogar ganz zu untersagen berechtigt gewesen wäre auf ein bestimmtes
Maß zu beschränken.

Also beide Behörden, Großer Rat und Bundesgericht, kommen zu einem abweisenden Entscheid und wenn auch die Motivierung der letztern Behörde sich nicht vollständig mit derjenigen der erstern deckt, so ist vom forstwirtschaftlichen Standpunkte unfres Kantons aus die That sache der Rekursabweisung seitens des höchsten Richters vollauf zu begrüßen; sie hat eine grundsätliche Bedeutung. Ein gegenteiliger Entscheid hätte einen enormen Rückschritt für die Bewirtschaftung und Benutzung der Gemeindewaldungen im Kanton Aargau, die sich sehen lassen dürfen, bedeutet. Der Begriff des Oberaufsichtsrechtes des Staates auf diesem Ge= biete hätte an Bedeutung verloren, unser sehr autes Forstgeset vom Jahre 1860 wäre in einzelnen seiner Funktionen paralisiert worden. In forst= lichen Kreisen begrüßt man daher, soweit wir gehört haben, das Urteil, aber auch in Kreisen, wo man für die Grundsätze der Gemeindeverwaltung eine freie, weitblickende und doch gerechte Anschauung hat, sieht man es gern, daß nicht am Ende des Jahrhunderts der Aufklärung der "Burgerknebel" auf Kosten der Allgemeinheit Orgien zu seiern sich anschiekt. E.

Regulativ für den praktischen Kurs in Vermessungswesen und Wegeban der schweiz. Forstschule.

(Vom 11. Juli 1900.)

Der schweizerische Schulrat,

in Ausführung des Abschnittes von Art. 1 des Reglementes für die praktische Prüfung zur Wählbarkeit an eine höhere kantonale Forststelle in der Schweiz (vom 22. Dez. 1896) lautend: "Zur praktischen Prüfung werden nur diesenigen Bewerder um Fähigkeitszeugnisse zugelassen, welche durch ein Zeugnis der Forstschule sich über eine hinreichende praktische Fertigkeit im Vermessungswesen und Waldwegbau ausgewiesen," und im Einverständnis mit der Eidgen. Kommission für die praktische Prüfung an eine höhere kantonale Forststelle

beschließt:

Es wird an der schweizerischen Forstschule ein praktischer Kurs in Vermessungswesen und Wegebau nach folgenden Bestimmungen einge-richtet:

Art. 1. Zweck des Vermessungskurses ist, in Ergänzung der diesbezüglichen Vorlesungen und Uebungen an der schweizerischen Forstschule, eine zusammenhängende Vermessung und ein Wegprojekt aufzunehmen und auszuarbeiten.

Hierbei gelten folgende Grundsäte:

a) Vermessung.

Die Größe des Kompleres beträgt für die einzelne Gruppe 10--20 ha.

Wenigstens ein Teil der Fläche soll bewaldet sein.

Die Aufnahme geschieht nach Maßgabe der in Kraft bestehenden amtlichen Instruktion für die Triangulation und für Detailvermessung der öffentlichen Waldungen.

Besondere Schwierigkeiten im trigonometrischen Anschluß sind zu

vermeiden.

b) Wegprojekt.

Die Länge des zu projektierenden Weges beträgt 200 – 300 m.

Bei der Ausführung sind die Anforderungen der Forstbenutung an einen Waldweg (Gefällsverhältnisse, Ein- und Ausmündung in andere Straßen, Krümmungsradien für Laugholztransporte 2c.) zu berücksichtigen.

c) Für die Aufnahmen werden die Teilnehmer in Gruppen von je 3-4 Mann eingeteilt, welche gemeinschaftlich arbeiten.

Bei der Ausarbeitung des Wegprojektes ist durch besondere Angaben an die Teilnehmer für möglichste Abwechslung und Selbständigkeit in der Ausführung zu sorgen.

Art. 2. Mit der Leitung des Kurses ist der jeweilige Docent für Ingenieurfächer an der schweizerischen Forstschule betraut. Im Verhinsderungsfalle bezeichnet der schweizerische Schulrat einen Stellvertreter.

Allfällige Honorare und Entschädigungen, sowie eventuelle Aushülse werden vom schweizer. Schulrate bestimmt.

Meßgehülfen und Instrumente werden auf Rechnung der Schule gestellt.

Art. 3. Der Vermessungsturs findet während der Sommerserien statt, und zwar ist in der Regel die Terrainaufnahme auf Ansang, die Bureauarbeit auf Ende derselben anzuordnen.

Die Dauer der Terrainaufnahme soll, — außerordentlich ungünstige Witterungsverhältnisse ausgenommen — 24 Arbeitstage nicht überschreiten.

Die Bureauarbeiten sollen so eingerichtet werden, daß die ganze Arbeit ohne Störung des Unterrichtes zu verursachen, mit dem 31. Oktober abgeschlossen werden kann.

Art. 4. Spätestens am 31. Oktober hat jeder Teilnehmer seine ganze Arbeit dem Vorstand der Forstschule zu Handen der Abteilungs-konferenz abzugeben.

Die abzuliefernden Arbeiten sind:

- a) Vermessungsarbeit.
 - 1. Trigonometrischer Nepplan;
 - 2. Polygonometrischer Nepplan;
 - 3. Handriß und Aufnahmehefte;
 - 4. Reinplan;
 - 5. Die Berechnungen (auf üblichen gedruckten Formularen);
 - 6. Kurze Berichterstattung über den Gang der Arbeit.
- b) Wegprojekt.
 - 1. Feldbuch;
 - 2. Längenprofil;
 - 3. Querprofile;
 - 4. Situationsplan;
 - 5. Maßen= und Kostenberechnung (auf üblichen gedruckten For= mularen).
- Art. 5. Teilnehmer des Kurses sind diejenigen Studierenden des 4. Semesters der schweizerischen Forstschule, welche sich bis Ende April beim Vorstande der Abteilung hierfür angemeldet, und den 2. Jahreskurs mit Erfolg absolviert haben.

Ueber Zulassung anderer Teilnehmer, oder von Repetenten entscheidet, nach Anhören des Leiters der Uebungen, der schweizerische Schulrat.

Für Repetenten gilt im allgemeinen der Grundsatz, daß solchen Teilnehmern, welche aus Mangel an Fleiß, oder aus Nachlässigkeit einen frühern Vermessungskurs ohne Erfolg, oder nicht bis zu Ende mitgemacht haben, die Wiederholung verweigert werden soll, den andern dagegen, wenn es die übrigen Verhältnisse gestatten, gewährt werden kann. Art 6. Der Leiter der Uebungen unterbreitet je in der Sitzung des 3. Quartales (Juni) der Konferenz der Forstschule seine Anträge betreffend Auswahl des Terrains und Organisation des Kurses.

In der Sitzung des I. Quartales (Dezember) des darauf folgenden Schuljahres unterbreitet er ihr die von ihm geprüften Arbeiten, mit seiner

Kritik derselben und seinen Anträgen auf Notenerteilung.

Art. 7. Die von der Konferenz bereinigten Anträge gehen an den schweizerischen Schulrat.

Der Antrag auf Zulassung oder nicht Zulassung zum praktischen Examen geschieht nach gleichen Grundsätzen wie bei der forstlich wissenschaftlichen Wählbarkeitsprüfung.

- Art. 8. Die eingereichten Arbeiten verbleiben bis zur Schlußdiplomvder wissenschaftlichen Wählbarkeitsprüfung, eventuell bis zum Austritte
 des Teilnehmers aus der Forstschule, bei den Akten der Forstschule und
 werden wie andere Prüfungsarbeiten behandelt. Nachher gehen sie an den
 Autor zurück.
- Art. 9. Kandidaten zur praktischen Wählbarkeitsprüfung, welche ihre Vermessungsarbeit oder ihr Wegprojekt nicht im Vermessungskurs gemacht haben und diese Arbeiten privatim auszuführen gedenken, haben bis spätestens Ende Mai den Vorstand der schweizerischen Forstschule, zu Handen der Konferenz, hievon zu benachrichtigen, mit genauer Angabe der gewählten Terrainabschnitte und der Art und Weise der geplanten Ausstührung.

Die Konferenz beschließt in ihrer Junisitzung Genehmigung oder Abweisung, respektive Abänderung des Vorschlages und bestimmt einen Termin zur Ablieferung der Arbeit.

Die Prüfung und Beurteilung der Arbeit geschieht sodann durch den Leiter des Vermessungskurses, nach den Grundsätzen der Art. 6 und 7 dieses Regulatives.

Gesuche um Erteilung des Zeugnisses über hinreichende praktische Fähigkeit im Vermessungswesen und Waldwegbau, auf Grund früher ausgeführter Arbeiten werden von der Konserenz der Forstschule, nach Einsicht und Prüfung der betreffenden Arbeiten, sowie eines Zeugnisses, welches die selbständige Ausführung derselben bescheinigt, begutachtet und gehen zur Entscheidung an den schweizerischen Schulrat.

Namens des ichweizerischen Schulrates,

Der Präsident: sig. S. Bleuler.

